

Nichts gelernt.

Norman Paech

Ein Jahr lang haben die Parteispitzen über diesem Entwurf „nie wieder ist jetzt“ verhandelt. Was herausgekommen ist, ist ziemlich ungenießbar.

Natürlich kann es keine Diskussion darüber geben, dass jüdisches Leben in Deutschland geschützt werden muss und Antisemitismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben kann. Doch was ist Antisemitismus und wer stellt ihn fest? Da fallen die Parteien auf die höchste umstrittene Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zurück, die erklärt, dass Antisemitismus sich «auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten» kann. Sie haben nichts aus den Einwänden und den Vorschlägen von Wissenschaftlern gelernt, die gerade diese Entgrenzung des Begriffs kritisieren, die jede Kritik an Israels Politik und Besatzung erfasst. Sie wollten offensichtlich nichts lernen, denn diese Erklärung zielt genau auf diese Kritik. Für sie ist „die Entwicklung seit dem 7. Oktober 2023...auch auf einen relativierenden Umgang und vermehrt israelbezogenen und links-antiimperialistischen Antisemitismus zurückzuführen“. Was immer sie darunter verstehen, die Palästinasolidaritätsbewegung ist damit auf jeden Fall gemeint. Sie sollte sich warm anziehen.

Es bleibt nicht nur dabei, dass Wissenschaftler und Organisationen keine finanzielle Förderung erhalten, wenn sie zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung aktiv unterstützen. Es sollen „keine Projekte und Vorhaben insbesondere mit antisemitischen Zielen und Inhalten gefördert werden“, und vor allem sind „repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen“. Wenn dann noch die „Freiheit des Denkens“, die „Wissenschaftsfreiheit“ und die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ herangezogen werden, ist der Verfassungsschutz mit im Boot und die elenden Jahre der Berufsverbote steigen aus der Erinnerung hoch.

Schließlich war es den Parteien ein Bedürfnis, den Vernichtungskrieg Israels in Gaza unter den Schutz des Rechts auf Selbstverteidigung zu stellen. Sie „fordern die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin in internationalen Gremien und gegenüber internationalen Partnern für dieses Recht einzusetzen“. Was sie offensichtlich noch nicht mitbekommen haben, dass es sich hier um einen Völkermord handelt, zu dessen Unterstützung sie aufrufen - von Palästina und ihren Opfern kein Wort.

Die Parteien wollen dem wachsenden Antisemitismus begegnen. Sie sollten einmal darüber nachdenken, welchen Beitrag ein sofortiger Waffenstillstand, der vollständige Rückzug aus allen besetzten Gebieten und umfassende Hilfen für die palästinensischen Opfer leisten könnten.